

Antrag G2: Neuwahl des Landesvorsitzenden

Antragsteller*in:	Landesvorstand Die Linke Thüringen
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die gem. §19 Absatz 4 der Satzung notwendige Neuwahl des Landesvorsitzenden wird auf
- 2 die nächste reguläre Wahl des Landesvorstandes, den 10. Landesparteitag in seiner
- 3 ersten Sitzung, vertagt.

Begründung

Die Linke Thüringen befindet sich aktuell in einer herausfordernden Situation, die eine möglichst lückenlose Bewältigung des Übergangs in eine neue Rolle bedarf. Unser Landesvorsitzender Christian Schaft genießt das Vertrauen des 9. Landesparteitages. Ebenso haben die Vorsitzenden nebst Spitzenkandidaten die Landespartei durch einen kräftezehrenden Wahlkampf geführt. Auch die neue Landtagsfraktion hat nun Christian Schaft das Vertrauen ausgesprochen und ihn zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die aktuelle Situation um die Rolle unserer Partei in der Konstellation der im Landtag vertretenen Parteien ist wichtig und knüpft nahtlos an die Gespräche und Entscheidungen der letzten drei Jahre an. Auch der durch die Vorsitzenden in Zusammenarbeit mit dem gesamten Landesvorstand und den Gremien der Partei konzipierte und in Gang gesetzte angestoßene Umbau der Partei nach der Wahl sollte unverzüglich fortgesetzt werden. Das duldet aufgrund der geringer werdenden Ressourcen der Partei keinen Aufschub. Bis zum Frühjahr 2025 sind zudem zentrale Entscheidungen zur Vorbereitung der Bundestagswahlen auch in Thüringen zu treffen, die Kontinuität brauchen. Eine erste Tagung des 10. Landesparteitages sollte deswegen im Frühjahr des Jahres 2025 stattfinden - auch mit dem Synergieeffekt, die Landesvertreter:innenversammlung zur Aufstellung der Thüringer Landesliste zum Bundestag damit zu verbinden, um Kosten für den Landesverband einzusparen.

Der vorgelegte Antrag respektiert die satzungsgemäße Trennung von Amt und Mandat als Prinzip, welches sich die Landespartei auf der 3.Tagung des 7. Parteitages gegeben hat und greift dieses nicht an. Vielmehr suspendiert er dieses Prinzip lediglich im Einzelfall bis zum regulären Ende der Amtsperiode, welches zum nächsten Landesparteitag eintreten wird.

Weitere Antragstellende

Torsten Weil (WAK), Anastasia Rahaus (SOK), Sascha Krüger (SLF-RU), Steffen Much (SHK), Mathias Möller (HBN), Michael Stamberger (SON), Kevin Reichenbach (AP-WE), Jenny Rotter (IK), Ralf Plötner (ABG), Matthias Marquardt (NDH), Steffen Kachel (Erfurt)